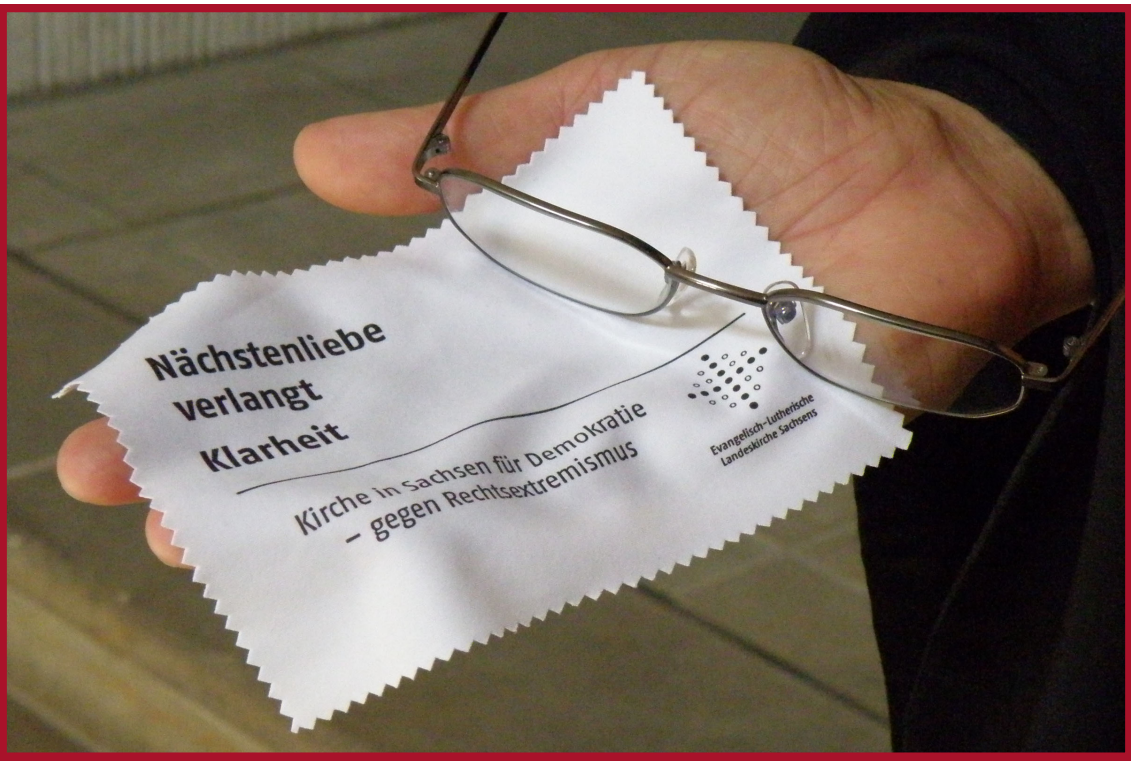
Zivilcourage für Demokratie im Heimatort

Projekte – Beratung – Diskurse

Ein Praxistag

01. April 2009, 10.00-17.00 Uhr,

Evangelische Akademie Meißen



Dokumentation zum Praxistag

Inhaltsvereichnis

1. Einleitung
Christian Kurzke, Studienleiter Evangelische Akademie Meißen
Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

2. „Weil es für Christen um alles geht“
von Christian Staffa, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.

3. Programm des Praxistags

4. Kirche als politische Akteurin? Erfahrungen im Engagement gegen Rechtsextremismus
Diethard Kamm, Superintendent, Jena

5. Bin ich links, wenn ich gegen rechts bin?
Impulsreferat von Oberkirchenrat Christhard Wagner, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Eisenach

6. Leitfaden für Ihre praktische Arbeit in der Gemeinde zum Thema Rechtsextremismus
AG „Kirche und Rechtsextremismus“ der EVLKS

7. Schritt für Schritt – Moderierte Arbeitsgruppen
AG 1: Wie wird Kirche ihrer politischen Verantwortung gerecht?
AG 2: Ein Bündnis gründen - aber wie?
AG 3: Umgang mit rechter Gewalt
AG 4: Rolle der Landeskirche bei den Wahlen 2009

8. Podiumsdiskussion: Bin ich links, wenn ich gegen rechts bin?
mit Landesbischof Jochen Bohl, Anetta Kahane, Eckhard Klabunde, Beatrix Spreng, Christian Staffa

9. Presseschau

10. Synodenbeschlüsse
- Aufruf der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zur Wahlbeteiligung im Rahmen des Aktionsjahres „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“
- Beschluss der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Wahlbeteiligung bei allen Wahlterminen 2009

Einleitung

Der Praxistag 2009 stand im Zeichen der Debatte um die gesellschaftliche Verantwortung von Kirche als politische Akteurin. Weitere Schwerpunkte bildeten Diskurse zum gelingenden Aufbau lokaler Bündnisse wie auch die Aufklärung zum Rechtsextremismus. Seit dem Praxistag hat es einige Entwicklungen gegeben. Während der Frühjahrstagung der Synode der EVLKS wurde unsere Beschlussvorlage „Wahl-Aufruf“ mit nur kleinen Veränderungen angenommen. Darüber hinaus hat auch die Synode der EKD mittlerweile einen ähnlich lautenden Beschluss Anfang Mai verabschiedet.

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, Ihnen in dieser Zusammenstellung die wichtigsten Beiträge und Zusammenfassungen des Praxistages zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus finden Sie im Folgenden einige Materialien, Beschlusspapiere und Presseartikel.

An dieser Stelle möchten wir Sie ferner aufmerksam machen auf weitere zwischenzeitlich entstandene Materialien. Sie können direkt bei der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen für Ihre eigene Arbeit und zum Weiterreichen u. a.

- ein Brillenputztuch
- ein Plakat (in Arbeit)
- ein Faltblatt (in Arbeit)
- und nach wie vor die Handreichung „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ kostenlos bestellen (detaillierte Informationen: www.eeb-sachsen.de).

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre! Lassen Sie sich inspirieren!

Bis zum Praxistag am 22. April 2010 in der Evangelischen Akademie Meißen wünschen wir Ihnen

SCHALOM

im Namen der Arbeitsgruppe „Kirche und Rechtsextremismus“,
Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen
Karl-Heinz Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen

Weil es für Christen um alles geht

Rechtsextremismus ist kein Wahrnehmungsproblem. Aus christlicher Sicht ist er ein Bekenntnisproblem, und er ist nicht zuallererst ein Problem der Jugend. Vielmehr kennzeichnen rechtsextreme Einstellungen, das belegen alle aktuellen Umfragen, eher Alte und Mittelalte. Das wird am Beispiel des thüringischen Pfarrers, der seine Pfarrstelle aufgrund der Diskriminierung seiner nicht deutsch aussehenden Frau aufgibt, erschreckend deutlich. In Interviews sagen der Superintendent, der Schuldirektor - ausnahmslos alle: „Das ist sein Problem." Der Superintendent verstärkt es noch durch den Kommentar: „Ja, ein Pfarrer, der muss das abkönnen."

Ich frage mich: In welcher Welt leben wir? Dieses Verhalten, die Schuldumkehr - der Versuch, Opfer für das Verhalten von Tätern verantwortlich zu machen, stärkt rechtsextremistische Einstellungen. Und es sind die Alten, die Mittelalten, die diese Bilder von Zusammenleben kommunizieren.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte" zeigt, dass solches Verhalten nicht auf geschlossenen rechtsextremen Weltbildern basiert, sondern von rechtsextremen Einstellungsmustern getragen wird, die sich in allen Bevölkerungsschichten finden. Der Unterschied im Alltagshandeln und -denken besteht im Zugriff auf einzelne Elemente rechtsextremer Weltbilder. Dadurch werden breite Bevölkerungskreise angesprochen. Ein Antisemit ist, genauso, wie eine ausländerfeindliche Person, im Sinne eines geschlossenen Weltbildes, nicht zwingend rechtsextrem. Somit handelt es sich nicht um Randphänomene, sondern es geht um solche rechtsextremen Versatzstücke in der Mitte unserer Gesellschaft.

Deshalb hat Aktion Sühnezeichen Friedensdienste schon mit dem Begriff „Rechtsextremismus" ein Problem, suggeriert er doch, dass dies eben eine extreme Position sei. Damit dient der Begriff einer Delegation an den Rand der Gesellschaft und stellt sich nicht der Erkenntnis, dass rechtsextreme (deutsch-nationale, antisemitische, rassistische, etc.) Einstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen. So wird zunächst das Problem an den Rand der Gesellschaft verwiesen und in der Folge zur Bearbeitung an dafür zuständige Institutionen, z. B. die Polizei.

Aus christlich-kirchlicher Perspektive geht es beim Rechtsextremismus oder rechtsextremen Einzeleinstellungen nicht um irgendeine Form gesellschaftlicher Probleme, sondern um alles. Die Tatsache, dass Jesus Jude war, ist für Christen absolut nicht verhandelbar. Sie ist nicht die zufällige Beschreibung einer ebenso zufälligen Herkunft, sondern Bekenntnisgrund. Das heißt aber auch: Jede antijüdische Position, sei sie innerkirchlich oder außerkirchlich, ist ein Bekenntnisfall.

Wenn wir vom Liebesgebot ausgehen, von dem, wer der Fremde für mich als Christ ist, ist dies ein weiteres Grundbekenntnis, keine beliebige Position in dieser Gesellschaft. Christliches Bekenntnis ist: Der Fremde muss geschützt werden. Deshalb sind rechtsextreme Einstellungen für Christen nicht verhandelbar, sondern fordern christliche Grundpositionen, christliches Bekenntnis heraus.

Allerdings möchte ich hinterfragen, ob das immer wieder vertretene Argument, die Bibel sei der beste Schutz gegen Rechtsextremismus, so vertretbar ist. Potenziell stimmt dieser Satz, aber empirisch ist er falsch, das zeigt ein Blick in die Geschichte kirchlicher Irrungen, z. B. während der Nazizeit. Deswegen müssen wir Christen uns der Tatsache stellen, dass auch Menschen mit der Bibel in der Hand auf der falschen Seite stehen können.

Die Eigenschaften oder, altmodisch gesprochen, „Tugenden", die wir als Aktion Sühnezeichen Friedendienste bei uns und in der Kirche zu verankern suchen, sind Selbstreflexivität und Selbstkritik. Die Frage lautet also: Wo hat Kirche historisch versagt? Das Lesen von Aussprüchen berühmter Theologen von Anfang der 1930er Jahre macht schnell deutlich, dass oben zitierter Satz nicht stimmen kann. Da ist u. a. von liberalistischen Bolschewisten, Kommunisten und eben Juden die Rede, die herausgedrängt gehören. Die mit dieser historischen Tradition verbundenen Denkmuster in den Gemeinden wirklich zu bearbeiten, erscheint uns extrem wichtig.

Die Weltsichten von Christen und Rechtsextremen können Schnittmengen und Berührungspunkte haben, zum Beipiel bei der Globalisierungskritik. Die Angst, sich der Diskussion mit Rechtsextremen auszusetzen, ist verständlich, denn die Kritik am internationalen Finanzsystem ist auch in Kirchengemeinden präsent und wird von Rechtsextremen dann eben schnell antijüdisch gewendet.

Die Kirchgemeinde aber ist ein idealer Ort, um sich den Fragen nach der eigenen Position zu rechtsextremen Einstellungen zu öffnen, denn sie ist ein geschützter Raum. Wichtig ist dabei nicht nur, selbstkritische Impulse zu stärken, sondern auch darauf hinzuweisen, dass der organisierte Rechtsextremismus einen starken antichristlichen Impuls hat - „Odin statt Jesus". Die Gemeinden sollen und müssen sich selbst und ihr Umfeld dagegen mobilisieren.

Die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens führt in diesem Jahr die Aktion „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie - gegen Rechtsextremismus" durch.

www.landeskirche-sachsen.de

Sächsische Zeitung - Christian Staffa (02.04.2009)

Programm des Praxistags

09.30 Uhr **Anreise**

10.00 Uhr **Beginn und Eröffnung**
Christian Kurzke

10.15 Uhr **Impuls**
Kirche als politischer Akteurin? Erfahrungen im Engagement gegen Rechtsextremismus
Diethard Kamm, Superintendent, Jena

10.45 Uhr **Raum für Diskussion**

11.00 Uhr **Vorstellung des weiteren Programms und Vorstellung eines Leitfadens fürdie praktische Arbeit vor Ort**

11.15 Uhr **Projekte – Diskurse**
Vorstellung von Praxisbeispielen anhand des im vorhergehenden Programmpunkt eingebrachten Leitfadens für die praktische Arbeit: erster Durchgang
- Friedemann Bringt: Wir sind schon im Visier – Christen/Christinnen als Feindbild der extremen Rechten
- Superintendent Wolfgang Müller, Kamenz
- Andreas Bergmann, Bürgerinitiative, Borna
- Oliver Jauernig, Projektstelle Bündnis und Toleranz, Alexandersbad
- Pfarrerin Angela Lau, Gemeinde Colditz
- Superindentent Peter Meis, Dresden
- Danilo Starosta, Jugendhilfecoach, Kulturbüro Sachsen e.V.: Code's, Kleidung, Musik etc. der Rechtsextremen

12.00 Uhr **Projekte – Diskurse**
zweiter Durchgang

12.45 Uhr **Mittagessen**

13.45 Uhr **Schritt für Schritt Moderierte Arbeitsgruppen**
Während der Arbeitsgruppen haben Sie die Möglichkeit, sich mit Hilfe des Leitfadens eigenen Praxisbeispielen/Problemlagen anzunähern und Handlungsschritte zu entwickeln. Die ReferentInnen werden für Sie als Ansprech- und Beratungspersonen zur Verfügung stehen. Seien SIE eingeladen, uns schon jetzt IHR Praxisbeispiel/IHRE Problemlage schriftlich zukommen zu lassen, damit wir diese in die Arbeitsgruppen integrieren können.

15.15 Uhr **Kaffee, Tee und Kuchen**

15.30 Uhr **„Bin ich links, wenn ich gegen rechts bin?“**
Impuls
OLKR Christhard Wagner, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland

Podiumsdiskussion mit
- *Landesbischof Jochen Bohl, Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens*
- *Dr. Christian Staffa, Geschäftsführer Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin*
- *Anetta Kahane, Vorsitzende Amadeu Antonio Stiftung, Berlin*
- *Superintendent Eckhard Klabunde, Großenhain*
- *Pfarrerin Beatrixe Spreng, Projekt „Bands auf festen Füßen“, Joachimsthal, EKBO*

Moderation: *Christian Kurzke, Karl-Heinz Maischner*

17.00 Uhr **Abschluss der Veranstaltung**

Impulsreferate

Impulsreferat 1:

Kirche als politische Akteurin? Erfahrungen im Engagement gegen Rechtsextremismus
Impulsreferat Diethard Kamm, Superintendent, Jena

1.Vorwort

Über meinem im Programm angekündigten Beitrag steht in der Überschrift ein Fragezeichen. Um es gleich vorab zu sagen: ich werde dieses für mich durch ein Ausrufezeichen ersetzen. Es wäre gut, wenn wir im Laufe des Tages dazu ins Gespräch, eventuell auch in eine Auseinandersetzung kommen können.
Kirche agiert politisch! Sie tut dies nicht, weil sie es sich so ausgesucht hat oder weil sie meint, dies besser als andere zu können. Sie tut dies, weil die biblische Botschaft politisch ist. Wenn sie die Liebe Gottes allem Volke verkündigen will, wenn sie vom Versöhnungshandeln Christi für alle Menschen berichtet, kann sie das nur in dieser Welt tun. Ja, vom Missionsauftrag Christi her ist es ihr geboten, sich an alle Menschen zu wenden. Ihnen zuzusagen, dass jede und jeder von Gott als sein Ebenbild gewollt und geliebt ist und ihnen deshalb eine unveräußerliche Würde eignet, die sie sich nicht selbst gegeben haben und die ihnen niemand nehmen darf - weder aus politischen, nationalistischen, rassistischen, ideologischen, religiösen oder auch wirtschaftlichen Gründen.
In diesem Jahr erinnern wir an die Verabschiedung der Barmer Theologischen Erklärung vor 75 Jahren. Darin heißt es:

Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürfen.

Und weiter heißt es:

Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.

Wenn also in unserer Gesellschaft Menschen wegen ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder auch ihrer körperlichen und seelischen Versehrtheit ausgegrenzt werden, sind wir um unseres Glaubens willen herausgefordert, dagegen aufzustehen. Wenn in Thüringen laut Thüringen-Monitor, einer repräsentativen Befragung durch ein Institut der FSU Jena, auf die Frage: „Stimmen Sie dem Satz: *Es gibt lebenswertes und lebensunwertes Leben!* zu“ 13% der Befragten antworten *eher ja* und weitere 13% *vollständig ja*, müssen wir als Kirche widersprechen. Auch wenn wir wissen oder gerade weil wir wissen, dass es solche Einstellungen auch in unseren Gemeinden gibt.

2. Theologische Gedanken zu 3. Mose 19,33

Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Land, so sollt ihr ihn nicht bedrücken. Wie ein Einheimischer aus eurer eigenen Mitte soll euch der Fremdling gelten, der bei euch wohnt, und du sollst ihn lieben wie dich selbst – seid ihr doch auch Fremdlinge gewesen im Lande Ägypten; ich bin der Herr, euer Gott.

- Die hebräische Vokabel ger bedeutet hier „Schutzbürger", also der auf den Schutz der Gemeinschaft oder Einzelner Angewiesene.
- Im 2. Buch Mose folgt dieser Schutzsatz direkt auf den Dekalog, die zehn Gebote und benennt somit den Willen Gottes an das Volk „und nun allerdings auch gerade den Einzelnen in dieser Gemeinschaft". (Zimmerli). D.h. weder die Kirche, als Gemeinschaft, noch der Einzelne als Teil dieser Kirche kann sich von diesem „Schutzauftrag" absentieren.
- Von daher sind wir aufgerufen, diese Fremden zu schützen. D.h. im Umkehrschluss, wir sind gefordert, denen entgegen zu treten, die sich gegen Ausländer, Juden, Kranke... wenden und eine „rein nationale" Gesellschaft fordern.
- Zugleich ist festzuhalten, dass eine so „reine" Gesellschaft biblisch gesprochen kein anstrebenswertes Ziel ist. Im Gegenteil: Die Gegenwart Fremder wird schlicht vorausgesetzt, ist also der „Normalfall". In heutiger Sprache: Die multikulturelle Gesellschaft ist der Normalfall und nicht die Ausnahme.
- Es ist also nicht die Frage, ob wir miteinander leben wollen oder nicht. Es steht zur Frage, wie wir miteinander umgehen.
- Ebenbildlichkeit Gottes jedes Menschen heißt dann: Jeder hat dasselbe unveräußerliche Lebensrecht und ihm eignet dieselbe Würde wie mir und das an jedem Ort. Dies ist nicht von etwaigem Wohlverhalten abhängig. Diese Würde ist ein Geschenk Gottes, also Gnade.
- Den jesuanischen Satz *Liebe Gott und deinen Nächsten wie dich selbst* übersetze ich deshalb gerne mit Martin Buber *Liebe deinen Nächsten. Er ist wie du.*
- Dies gilt dann im Übrigen auch für Neonazis und Rechtsextremisten. Gerade für Kirche gilt es dies festzuhalten, wenn wir uns mit anderen gemeinsam gegen rechtsextremes und neonazistisches Denken und Handeln wenden. Wir wenden uns gegen dieses Handeln, gegen diese Ideologie. Den Anhängern solcher Ideologie eignet aber dieselbe Würde wie uns. Er ist ein Mensch wie Du.
- Dies immer wieder und gegen alle Widerstände auf allen Seiten ins Gespräch zu bringen, ist ein spezifischer Auftrag von Kirche.
- Dass diese von Gott geschenkte Würde jedes Menschen Eingang in das Grundgesetz der Bundesrepublik („Die Würde des Menschen ist unantastbar!") gefunden hat und wohl ihr bekanntester Satz ist, ist ein Glücksfall für Deutschland nach unserer Geschichte gerade im 20. Jahrhundert.

Aus dem bisher Gesagten wird wohl deutlich, dass der Einsatz gegen Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Spielarten genuiner Teil des kirchlichen Verkündigungsauftrags ist, um Gottes und um der Menschen willen.

3. Zur Historie des Engagements in Jena

a) Skizze des Engagements in der offenen Jugendarbeit am Beispiel der JG-Stadtmitte: erwachsen aus der offenen Jugendarbeit

1. bereits Anfang der 90er Jahre engagiert bei Protesten gegen das Auftreten von Neonazis im Thüringer Raum
2. Frage nach dem gemeinsamen Auftreten mit linken Gruppen wie Antifa...
3. Frage nach Gewalt und Gewaltlosigkeit
4. Suche nach Bündnispartnern. Diese wurden in Gewerkschaften und linken Studentengruppen gefunden.
5. In Kirche ist dieses Handeln und Auftreten nicht unumstritten.

b) Der Runde Tisch gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Jena

- 2001 durch den damaligen OB und den Superintendenten ins Leben gerufen
- Einladung zur Mitwirkung an Zivilgesellschaft (Parteien, Uni, Jugendverbände, Sport, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Polizei, IPPNW-Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung,...)
- Erarbeitung eines Stadtprogramms gegen Rechts durch eine Arbeitsgruppe, welches u. a. beinhaltet:
  - Bildungsarbeit
  - Gegenveranstaltungen zum „Fest der Völker" u. a. rechtsextremer Aktionen und Veranstaltungen
  - Sensibilisierung der Öffentlichkeit
  - Kommunikation unterschiedlichster Akteure
- Beteiligung am Civitas-Programm des Bundes: Kontakt- und Koordinierungsstelle des Runden Tisches in Trägerschaft des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Jena bis 2008
- Rolle der Kirche:
  - Moderation, Dolmetscherrolle
  - Ermutigung von eher „bürgerlichen" Gruppen und evangelischen und katholischen Gemeindegliedern
  - Sensibilisierung der eigenen Gemeinden für latente Fremdenfeindlichkeit (siehe Thüringenmonitor)
  - Aktuelles Bekennen aus dem Jahr 2001
  - Würde, auch den „Gegner" achten: Zu Neonazis zu sagen: Du bist wie ich, fällt schwer, uns selbst noch mehr als manchem unserer politischen Partner. Trotzdem ist dieser Satz bezogen auf die ihm eigene Würde richtig und muss gegen alle Widerstände auch in den eigenen Reihen festgehalten werden.
  - Damit ecken wir auch immer wieder an. Es hat aber mit unserem Glauben und unserer Glaubwürdigkeit zu tun.
  - Ermutigung von Christinnen und Christen, sich einzumischen (bis hin zu Sitzblockaden) „Für mich war es eine durchaus nicht alltägliche Erfahrung, bei einer Blockade gegen das sogenannte „Fest der Völker" gemeinsam mit einer Jenaer CDU-Stadträtin und linken Jugendlichen auf der Straße zu sitzen. Da waren Menschen, die sonst oft unterschiedlicher Meinung sind, in ihrem Protest gegen rechtsextremistisches Denken gemeinsam unterwegs."
  - Ermutigung Dritter, weil Kirche dabei ist
  - Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen als gemeinsamer Akteur

4. Nächstenliebe verlangt Klarheit - aktuelle Projekte 2008 und 2009

- Antrag des Kirchenkreises Jena an die EKM-Synode im März 2009
- Beschluss der KS Jena zu den Wahlen 2009
- Finanzierung eines Busses nach Altenburg und Aufruf zur Beteiligung an den Veranstaltungen gegen das „Fest der Völker" der NPD in Altenburg im September 2008
- Mitarbeit von Gemeindegliedern in Aktionsbündnis und Aktionsnetzwerk gegen Rechts

9 Sätze, auch zum Streiten

1. Es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht der Herrschaft Christi unterstehen (Barmen II). Deshalb unterliegt auch Politik, wenn Christen in ihr agieren, der biblischen Botschaft und dem biblischen Auftrag.
2. Maßstab kirchlichen Handelns ist die jedem Menschen von Gott zugeeignete Würde, die ihren Niederschlag im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 1 in säkularer Weise gefunden hat. Kirchliches Handeln muss sich daran messen lassen, ob es dieser Würde dient.
3. Somit ist kirchliches Handeln immer auch politisches Handeln, ist Verkündigung auch politische Verkündigung.
4. Kirche ist herausgefordert, überall und gegen jedermann das Recht jedes Einzelnen einzufordern und notfalls zu schützen. Deshalb tritt sie jeder Ideologie entgegen, die die Würde des Einzelnen aus rassistischen, nationalistischen, gesundheitlichen oder anderen Gründen bestreitet.
5. Dabei arbeitet sie mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zusammen, die sich ebenfalls für die Würde jedes Menschen einsetzen.
6. Kirchliches Handeln geschieht sowohl durch deutliches Auftreten und Reden der verfassten Kirche als auch besonders, in dem sie ihre Gemeindeglieder ermutigt und befähigt, sich in Netzwerke einzubringen, die die Würde des Einzelnen und der Gemeinschaft befördern und schützen.
7. Das evangelische Verständnis, dass Kirche da präsent ist, wo einzelne Christinnen und Christen sich in gesellschaftliche Prozesse einbringen, ist unbedingt festzuhalten und zu fördern. („Du bist Kirche!“)
8. Vertretern der Kirche kommt oft die Funktion der Moderatoren zwischen unterschiedlichen Gruppen und Anschauungen zu. Kirche ist entsprechend ihrem Auftrag stets um Verständigung und Gewaltlosigkeit bemüht. Sie ist dem Konsens verpflichtet.
9. Bei aller Klarheit in der Sache und der Auseinandersetzung erinnert Kirche immer wieder daran, dass auch dem „Gegner“, als einzelnem Menschen, dieselbe von Gott geschenkte Würde eignet wie mir selbst.

Impulsreferat 2:

Bin ich links, wenn ich gegen rechts bin?

Oberkirchenrat Christhard Wagner, Evangelische Kirche in Mitteldeutschland, Eisenach

Lichtung

Manche meinen,
lechts und rinks
kann man nicht verwechsern
werch ein illtum.

Ernst Jandl

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Bin ich rechts, wenn ich um verführte Jungnazis kämpfe? Der „B-Klotz“ in Eisenach.

Ich möchte mit einer biografischen Notiz beginnen:
Als ich Mitte der 90er Jahre Landesjugendpfarrer in Thüringen war, tobte in Eisenach ein regelrechter Jugendkrieg zwischen „rechten“ und „linken“ Jugendlichen. Auf dem Höhepunkt der Gewalt moderierte ich einen Runden Tisch, der eine Lösung in diesem Konflikt herbeiführen sollte. Ein Ergebnis, das zur Befriedung der Situation beitrug, war die Gründung eines Vereins, der sich insbesondere um die rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Eisenach kümmern wollte. Dieser Verein bestand aus Vertretern der Diakonie, der SPD, der Fachschule für Diakonie, dem Christlichen Krankenhaus sowie der Evangelischen Kirche. Dieser Verein mietete ein Haus, stellte zwei Sozialpädagogen ein und begann seine mühselige, argwöhnisch beobachtete Arbeit. Wir hatten klare Regeln: Einerseits die Annahme derjenigen, die zu uns kamen („Du bist uns wichtig“); andererseits eine deutlich klare Ablehnung der von den Jugendlichen nachgeplapperten Ideologie. Dieses Konzept war einerseits sehr personalintensiv: Sozialarbeiter, die dort arbeiteten, hielten es in der Regel nicht länger als zwei Jahre aus. Doch die Jugendlichen wurden erreicht. Manche bekamen tatsächlich die Kurve. Ein Beispiel: Ganz am Anfang gründete sich im Jugendclub eine Band. Der Name sprach für sich: Second Revenge. Es war ein hartes Stück Arbeit, mit den Jugendlichen zu vereinbaren, dass nur solche Texte in diesem Hause geübt werden, die weder fremdenfeindlich, rassistisch noch rechtsextrem sind. Inzwischen ist diese Band eine angesagte Metal-

Band, die in keiner Weise ihre Herkunft noch erkennen lässt. Natürlich haben wir nicht alle Jugendlichen erreicht, jedoch können wir feststellen, auch solche verführten Jugendlichen sind bereit, sich auf neue Perspektiven einzulassen. Sie müssen nicht zwangsläufig in der Neonazi-Szene verharren, wenn ihnen die Chance gegeben wird, aus diesem Milieu herauszukommen. Niemand kommt nun auf die Idee, zu meinen, ich sei rechts, nur weil ich mich mit anderen gemeinsam für rechtsextreme Jugendliche eingesetzt habe. Insofern ist die Frage des Impulsreferats schon zu einem ganzen Teil beantwortet.

2. Ist „Die Linke" links? Die Untauglichkeit von Definitionen.

Emnid hat 2007 zum Thema „Rechte und linke Einstellungen von Wählern" eine Umfrage gemacht. Wer bezeichnet sich als links?
Unter den Wählern der Grünen sind es 76%. Unter den Wählern der SPD sind es 39%. Bei der CDU bezeichnen sich 25% aller Wähler als „links" und bei der FDP sind es 23%, die sich als „links" bezeichnen. Insgesamt bezeichnen sich 34% aller Wahlbürger in Deutschland als „links", 53% ordnen sich der Mitte zu und 11% ordnen sich als „rechts" ein. Das bedeutet: Wenn ich gegen rechts bin, teile ich meine Position mit 87% aller wahlberechtigten Bürger. Im Übrigen meidet „Die Linke", die Antifa und ähnliche Gruppen das Wort „Rechtsextremismus" und benutzen viel lieber Worte wie Faschismus oder Neonazismus, weil der Begriff „Rechtsextremismus" natürlich das Gegenüber auf der anderen Seite impliziert – den „Linksextremismus".

3. Wenn die Pest unter uns ist, bekämpfe ich nicht die Cholera. Die deutliche Sprache von Verfassungsschutzberichten.

Immer wieder hören wir von einer Unausgewogenheit der Begrifflichkeiten: Wenn von Rechtsextremismus gesprochen wird, muss immer auch gleich der Linksextremismus genannt werden. Ja, natürlich gibt es den Linksextremismus. Und wenn eine neue RAF die Demokratie gefährdet und Menschen umbringt, muss unsere ganze Entschlossenheit diesem Extremismus gelten. Nun ist aber die RAF Gott sei Dank Vergangenheit. Die Pest heute heißt „Rechtsextremismus". Er gefährdet unser Gemeinwesen. Die Verfassungsschutzberichte sprechen eine eindeutige Sprache. In Sachsen wurden 2008 2.144 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt, dem gegenüber stehen 331 linksextremistisch begründete Straftaten.

4. „Besser sind wir nicht, aber besser sind wir dran ..." – Kirche und Rechtsextremismus.

Es ist gut, wenn wir uns als Kirche dem Thema „Rechtsextremismus" stellen. Nächstenliebe verlangt Klarheit. Rechtsextremismus und evangelischer Glaube sind unvereinbar. Leider müssen wir feststellen, dass wir im Glashaus sitzen. Untersuchungen in Thüringen belegen, dass evangelische und katholische Christen sich beim Thema Rechtsextremismus nicht vom Durchschnitt der Bevölkerung absetzen. Der Thüringen-Monitor, der gemeinsam von infratest dimap und der Universität Jena seit 2000 erstellt wird und dabei 1.000 wahlberechtigte Thüringer erfasst, stellt fest, dass in den Jahren 2001 bis 2004 der Anteil der Protestanten, die rechtsextreme Einstellungen haben, überdurchschnittlich war, seit 2005 sind wir im Durchschnitt.
2003 kam es zu einem Höhepunkt der rechtsextremen Einstellungen innerhalb der Bevölkerung: 23% der Thüringer ließen rechtsextreme Einstellungen erkennen. Gott sei Dank geht diese Kurve seitdem deutlich zurück. 2007 sind es noch 15%.
Wir müssen also der Tatsache ins Auge sehen, dass all unsere Predigten, unsere Gemeindeabende, unser Christenlehre- und Religionsunterricht, Kinder- und Jugendarbeit nicht die

Früchte tragen, die wir uns erhoffen. Wir können davor nicht die Augen verschließen, denn Nächstenliebe verlangt Klarheit. Wir sind nicht besser, aber wir können etwas besser machen. Wir haben unsere Bibel.

5. „Um Frieden haben wir schon oft gebetet ...“
Friedensgebete: Unser wichtigstes Pfund.

Sie kennen das Lied: „Um Frieden haben wir schon oft gebetet ...“. Dieses Lied bedeutet nicht eine Abwertung des Gebets. Das Wichtigste und das Beste, das wir als Christen haben und tun können, ist das Gebet. Wir haben in der EKM am 8. Mai des vergangenen Jahres in vielen hundert Gemeinden ein Friedensgebet zum Thema „Nächstenliebe verlangt Klarheit“ gestaltet. In Sachsen sind auch angesichts einer ganzen Reihe von Anlässen solche Friedensgebete gehalten worden und werden sicher noch weiter gehalten. Das ist das Beste, was wir zu bieten haben: Die Kirchentüren zu öffnen, den Ängsten, der Wut, der Hoffnung und dem Mut Raum zu geben.
Aber dann muss es weitergehen: „Die Hände, die zum Beten ruhn, die macht er stark zur Tat!“ (Jochen Klepper)

6. Es geht um Nachfolge: Die Notwendigkeit theologischer Klärungen in der Gemeinde

In den Arbeitshilfen der Thüringischen und Sächsischen Landeskirche finden wir einen grundlegenden Text: Warum sich die Evangelische Kirche gegen Rechtsextremismus engagieren muss – eine theologische Begründung.
Für Manchen scheinen da Selbstverständlichkeiten zu stehen. Aber offensichtlich teilt eine nicht kleine Gruppe unserer Gemeindeglieder diese Einschätzung nicht. Deshalb ist es völlig klar, dass unsere Kampagne sich zuerst an unsere Gemeindeglieder richtet, um erst danach gemeinsam der Stadt Bestes zu suchen.
Zurzeit wird in der EKM eine Arbeitshilfe für Gemeindekirchenräte erarbeitet, denn wir haben den Eindruck, dass insbesondere auch in Gemeindekirchenräten das Problembewusstsein noch nicht überall ausreichend entwickelt ist.

7. Weitersagen, was nur wir können: Die Pflicht zur Einmischung

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich vermute, dies ist der bekannteste Satz des Grundgesetzes. Wieso ist sie unantastbar, könnte jemand fragen. Da genügt es nicht, zu sagen: Dieser Satz erklärt sich von selbst oder: Weil er im Grundgesetz steht, sondern dann braucht es eine fundierte Begründung. So werden wir an dieser Stelle sagen können: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn...“ (1. Mose 1,27) Mit diesem Satz können wir verständlich machen, dass wir nicht zufällig in die Welt geworfene Wesen sind, sondern jeder Mensch ein Original ist. Copyright Gott: Gewollt, bejaht, gewürdigt. Das können nur wir in die Debatte einbringen. Es ist also keine Frage, ob wir uns als Christen und als Kirchgemeinden politisch engagieren wollen oder nicht. Es ist die Frage, ob wir in der Nachfolge „Kirche für andere“ sein wollen oder nicht.

8. Ohne unsere Farbe kein buntes Bündnis. Wenn Kirche fehlt, sind andere stilbildend. (Demonstrationen, Runde Tische, Bürgerbündnisse, Kampagnen, landesweite Bündnisse)

Jesus hatte es ja auch nicht immer leicht. Er umgab sich mit den falschen Leuten: Huren, Fressern, Zöllnern ... Können wir es uns leisten, mit den Falschen gesehen zu werden?
Von mir kommt ein lautes und deutliches „Ja". Wenn wir unser Profil zeigen, erkennbar bleiben, uns weder instrumentalisieren noch vereinnahmen lassen, sind wir unverzichtbar. Meine Erfahrungen sind rundum ermutigend. Wenn wir den schwarzen Block alleine marschieren lassen, werden die Vorurteile der Gardinenzuschauer bestätigt: Die anderen sind auch nicht besser!
Wenn wir uns nicht in Vorbereitungen für Demos einbringen, wie es z.B. in Jena positiv gelungen ist, werden kreative gewaltfreie Aktionen eventuell so nicht vorbereitet. Ohne Pfarrer als Moderatoren kommen die CDU und Die Linke nicht an einen Tisch.
Der Verein „Mobit e.V." in Thüringen ist ein gutes Beispiel, wie Bündnisse trag- und leistungsfähig werden. Die Gründungsmitglieder dieses Vereins sind die Jüdische Landesgemeinde, die Evangelische Kirche und die Gewerkschaften. Wir sind in solchen Bündnissen, an solchen Runden Tischen bei solchen Demonstrationen stilbildend. Ohne uns sind es andere. Ohne unsere Farbe kein buntes Bündnis.

9. Nachhaltigkeit durch Demokratiebildung

- Kampagne „Gesegnete Unruhe" (www.gesegnete-unruhe.de)
- Evangelische Jugendarbeit in der Fläche – beste Prävention
- Authentische Jugendbildung: Gottfried Reichel

Kampagnen gegen einen Missstand sind aus akutem Anlass nötig, aber Kampagnen für etwas in der Regel nachhaltiger. Der Einfluss der Rechtsextremen steht in direktem Zusammenhang mit fehlenden aktiven Demokraten. Die Parteien in Ostdeutschland haben lächerliche Mitgliedszahlen. In einer auf Parteien gestützten parlamentarischen Demokratie ist das gefährlich. Viele haben die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik für sich immer noch nicht angenommen – und angesichts der Krise wird die Enttäuschung über die wirtschaftliche Entwicklung zu einer Enttäuschung über die Demokratie und ihre Vertreter.
Vorige Woche berichtete Propst Mikosch aus Ostthüringen (fast schon Sachsen), dass auf dem Land inzwischen ein neues Schimpfwort existiert: „Du Demokrat". Deshalb geht unser Themenjahr gegen Rechtsextremismus über in eine neue Kampagne „Gesegnete Unruhe". In Erinnerung an die Rolle der Kirche vor 20 Jahren sollen Menschen gegen die Resignation ermutigt werden – zur Einmischung in eigener Sache. Demokratiebildung zur Immunisierung auch gegen Rechtsextremismus. Wir brauchen Menschen, die die Hände falten, die den Mund aufmachen, die mitmachen und die selbst gestalten. Wir sind immer noch eine Institution, die flächendeckend aufgestellt ist. Wenn wir erleben, dass die NPD dort hineinstößt, wo ein Vakuum entsteht, wenn wir erleben, dass die NPD sich als Kümmerer für die Sorgen der kleinen Leute darstellt, kann uns das nicht gleichgültig sein. Gute evangelische Jugendarbeit ist die beste Prävention. Werden weiterhin genügend Mitarbeiter zur Verfügung stehen? In Eisenach saß in dem anfangs beschriebenen Jugendclub „B-Klotz" auch der Chefarzt des Diakonissenhauses Dr. Hasse. Er erzählte den jugendlichen Glatzen, wie er von den Nazis als junger Mann verführt worden ist, welche Folgen das hatte und was er daraus gelernt hat.
Mein Onkel Gottfried Reichel in Pobershau hat es sein Leben lang auch so getan: Jungen Leuten mit Hilfe seiner biblischen Figuren, den Figuren des Warschauer Ghettos und mit seiner Geschichte, die sich in diesen Figuren findet, sehr berührend und bewegend die Herzen zu öffnen. Seine Ausstellungen sind beste Beispiele für authentische Zeitzeugenarbeit.

10. Rechtsextremismus: Kein spezifisch ostdeutsches Thema, jedoch mit einer besonderen Spezifik, deshalb: Wir sehen uns!

Das Thema wird uns leider nicht so schnell abhanden kommen. Auch wenn es ein gesamtdeutsches, ein europäisches Problem ist, hat es doch auch seine besonderen ostdeutschen Spezifika. Deshalb sollten der Austausch und die Unterstützung unter uns in Ostdeutschland entsprechend eng sein.

Deshalb bin ich mir sicher:

Wir sehen uns!

Leitfaden

Leitfaden für Ihre praktische Arbeit in der Gemeinde zum Thema Rechtsextremismus

- Viele Menschen werden erst durch einen Vorfall in ihrer Umgebung für die Problematik des Rechtsextremismus sensibilisiert. Wenn so etwas geschieht, dann lassen Sie die daraus erwachsende Bereitschaft zum Engagement nicht ungenutzt verstreichen!
- Für die lebendige Gestaltung eines Bündnisses benötigen Sie verschiedene Ressourcen, welche oftmals Kirche zur Verfügung stellen kann.
    - Sie können Anlaufstelle und Ansprechpartner/in für Betroffene und Opfer rechter Gewalt sein und dafür Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr haben.
    - Sie können eine neutrale Gelegenheit zur Verfügung stellen und moderieren, damit sich alle zum Engagement Bereiten unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung treffen, versammeln und verständigen können.
    - Sie können nötige Infrastruktur wie z. B. Räumlichkeiten und Verwaltungskapazitäten, sowie Ihre Möglichkeiten der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisarbeit zur Verfügung stellen.
    - Sie können die aktuellen Entwicklungen und Ereignisse rechtsorientierter und rechtsextremer Aktivitäten in der Öffentlichkeit und in der Gemeindearbeit thematisieren.
- Beteiligen/integrieren Sie Dritte, (Kooperations)Partner_innen in die Vorhaben des lokalen Bündnisses. Gehen Sie auf Akteure und Repräsentant_innen des gesellschaftlichen Lebens zu, um ein möglichst breites Bündnis aufzustellen: Vereine, Unternehmen, Politik, Schulen, Jugendarbeit etc. Denn gemeinsam ist es einfacher als allein. Und es ist eine stärkere Aussage.
- Verbinden Sie eine öffentlichkeitswirksame Aktion mit der Gründung des Bündnisses vor Ort.
- Haben Sie einen „langen Atem“: Überlegen Sie sich, was sie nach der Gründung und der Auftaktveranstaltung noch alles machen wollen und wie Sie das erreichen können. Agieren Sie in überschaubaren Schritten und planen Sie kleine Aktionen, welche realisierbar sind und Sie nicht überfordern. Geben Sie auch Anderen Verantwortung (z.B. Aktionen mit der Jungen Gemeinde). Kurzfristige sichtbare Aktionen helfen dabei, Öffentlichkeit zu erhalten.
- Suchen Sie sich Ansprechpartner_innen/ Beratungspersonen, die Sie z.B. beim Aufbau eines Bündnisses begleiten. Eine der zentralen Beratungsinstitutionen ist der Verein Kulturbüro Sachsen. Aber auch alle Veranstalter_innen dieses Praxistages beraten Sie gern.
- Seien Sie sich bewusst, dass es in der Arbeit des Bündnisses und bei der Zusammenarbeit im Bündnis selbst neben Erfolgen auch Herausforderungen und Rückschläge geben kann. Lassen Sie sich davon nicht entmutigen.
- Seien Sie sich bewusst, dass der politische Umgang durch Dritte mit dem Bündnis auch schwierig sein kann.

- o Angriffe auf das Bündnis verbunden mit dem Ziel seine Arbeit zu diskreditieren – *die Diskreditierungsstrategie*;
- o Versuche, die Arbeit des Bündnisses politisch zu instrumentalisieren – *die Umarmungsstrategie*;
- o Versuche, Arbeit zu delegieren bzw. Inhalte und Arbeitsaufgaben an das Bündnis anzubinden, die nicht im Grundkonsens und der Zielstellung verankert sind – *die Entlastungs- bzw. Delegationsstrategie*

- Seien Sie politisch sensibel und achten Sie darauf, breit zur Mitarbeit einzuladen und alle demokratischen Parteien anzusprechen. Vertreter_innen der Kirche haben hier eine gute Ausgangssituation und können als Moderatoren und Vermittler auftreten, um auch links und rechts miteinander im Gespräch zu halten.
- Mobilisieren Sie die Öffentlichkeit und schaffen Sie Strukturen, in denen sich Menschen engagieren können. Sprechen Sie mit Ihren Handlungen die Bevölkerung an. Stellen Sie ein öffentliches Problembewusstseins durch Information und Diskussion zu den Vorfällen, Ereignissen und Situationen vor Ort her.
- Integrieren Sie die Polizei in den Prozess, informieren Sie über Veranstaltungen von Ihnen.
- Seien Sie sich bewusst, dass Rechtsextreme an Ihren Veranstaltungen/ Handlungen teilnehmen könnten und Störungen versuchen.
  - o Treffen Sie dafür Vorkehrungen und seien Sie darauf eingestellt.
  - o Hierfür gibt es lang erprobte Methoden und weitreichende Erfahrungen
  - o Sie können sich beraten lassen z.B. beim Verein Kulturbüro Sachsen (www.kulturbuerosachsen.de).

Bitte bedenken Sie, dass nachhaltiges präventives Arbeiten und dauerhafte aufklärende Bildungsarbeit ein wichtiger und notwendiger Beitrag sind, um ausgrenzenden, diskriminierenden, rassistischen Handlungen vorzubeugen.

Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte folgender Handreichung
Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens 2008: Nächstenliebe verlangt Klarheit. „Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“, Dresden

- Bezug: www.eeb-sachsen.de
- Siehe auch: www.evlks.de

AG „Kirche und Rechtsextremismus“ der EVLKS, Dresden im März 2009

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1:

Wie wird Kirche ihrer politischen Verantwortung gerecht?
Moderation: Friedemann Bringt, Kulturbüro Sachsen e.V.
Protokoll: Luise Doyé, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen e.V.

Kirche als politische Akteurin

Im Mittelpunkt der Diskussion standen zunächst Aussagen und Anregungen zur allgemeinen Verantwortung der Kirche im Kampf gegen Rechtsextremismus.

- Kirche hat politische Verantwortung, aber nimmt sie diese wahr?
- Kirche kann und soll als Katalysator dienen, um das Thema einzubringen.
- Kirche muss sich stärker positionieren.
- Kirche muss gemeinsam mit Verbündeten agieren.
- Verkennt die Kirche die Gefahr, die von Rechts ausgeht?
- Kirche soll sich konkret zu anstehenden Wahlen äußern.
- Kann die Verkündigung (Predigt) der Kirche dem rechten Gedankengut und Handeln entgegentreten? Wie muss jeder Christ und jede Christin handeln, um seinen/ ihren Glauben authentisch zu leben? (Barmer Theologische Erklärung)

Kirche als Moderatorin politischer Prozesse

In einer zweiten Runde wurde der Fokus der Diskussion auf die konkrete Verantwortung der Kirche bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gelegt.

- Kirche ist für viele anschlussfähig
  - Moderieren statt polarisieren
  - Bündnispartner gewinnen
  - Ressourcen bereitstellen (Räume, Wissen, ...)

- Klarheit nach innen gewinnen
  - Informieren, weiterbilden
  - Ängste und Fragen wahrnehmen
  - Angebote zur Identifikation schaffen (Werte, Vorbilder, ...)
  - Selbstkritische Analyse der Situation in der Kirche (auch in der Kirche existiert menschenfeindliches Gedankengut)

- Klarheit nach außen gewinnen
    - Über Grundlagen des christlichen Glaubens kommunizieren
    - Theologische Durchdringung des Alltags
    - Verknüpfung der Bilder in den Köpfen der Menschen mit der Praxis: z.B. „Alle Menschen sind gleich“ im Kontext Rechtsextremismus denken
    - Nicht nur Sonntagsgemeinde sein und Turmdenken haben (alle sehen uns und kommen zu uns), sondern konkret dort hingehen, wo es nötig ist.

- Rechtsextremismus als Kirche thematisieren
    - In allen Gemeindegruppen Thema Rechtsextremismus ansprechen
    - Kommunikation wagen, Gespräche anbieten und auch zumuten!
    - Kommunikationsformen: Stammtisch, Kirchencafé, generationenübergreifende Gespräche, Geschichtswerkstatt
    - Sensibilisierung für Menschen in unseren Gemeinden, die übersehen werden und sich dann lieber den Rechten als der Kirche zuwenden

- Kirche als Parteigängerin für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit
    - Langer Atem ist nötig
    - Sensibilisierung und die Suche nach Verbündeten braucht Zeit, Geduld und Durchhaltevermögen
    - Demokratie ist anstrengend und zeitaufwendig, aber wäre ein Verlust dieser Staatsform trotz Frustration nicht noch schlimmer?

Weitere Informationen:
Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit: „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ (2008), bestellbar unter www.eeb-sachsen.de

Arbeitsgruppe 2:

Ein Bündnis gründen - aber wie?
Moderation: Karli Maischner, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen e.V.
Protokoll: Albrecht Engelmann, Migrationsbeauftragter der Diakonie Sachsen

Ausgehend von der Impulsschilderung eines Teilnehmers zu einer Situation im Ort (Auseinandersetzungen in der Jugendszene) wurde diskutiert, welche Herausforderungen und welche Chancen mit einer Bündnisgründung verbunden sind.

Herausforderungen bei der Bündnisgründung

- Es braucht meistens einen Anlass, der eine Bündnisbildung auslöst.
- Politiker zögern oft und scheuen bei brisanten Themen die öffentliche Auseinandersetzung bzw. Positionierung.
- Es ist nicht immer klar, wer die Akteure in den Gremien sind (z.B. Präventiver Rat der Kommune) und was in diesen Gremien verhandelt wird.
- Es ist wichtig, die Personen zu kennen und ihre Motive zu verstehen.
- Der Faktor „Angst“ darf nicht unterschätzt werden! Wenn das Klima angstbesetzt ist, führt das zur Lähmung und es werden dadurch gesellschaftliche Räume frei („national-

befreite“ Zone / Eltern begleiten bzw. fahren ihre Kinder innerhalb der Stadt / „Kann ich abends noch sicher durch die Stadt gehen?“).
- Angst muss angesprochen, aber nicht vordergründig thematisiert werden.
- Oft warten Leute auf ein Signal zur Bündnisgründung.
- Menschen (Gleichgesinnte) müssen sich finden / sich treffen, deshalb sind gute äußere Anlässe z.B. Informationsveranstaltungen, Seminartage.
- Beispielhafte Anregung aus Jena: Bündnis der Bürgermeister, u.a. um vom regionalen Bezug in die Breite zu kommen.

Erfolgreiche Bündnisse

- Kirche lädt ein und moderiert (anknüpfend an die Erfahrungen der friedlichen Revolution)
- Ansetzen an persönlichen Kontakten und Verbindungen
- Menschen auf gleicher Ebene verstärkt einbeziehen, z.B. Stadtrat - Stadtrat, Superintendent - Landrat, Geschäftsführer - Geschäftsführer, usw.
- Berührungsängste abbauen
- eigenes Profil halten und einbringen
- durch Vernetzung neue Perspektiven aufzeigen / eröffnen: Wer hat etwas davon, hier mitzuarbeiten?
- legale Möglichkeiten nutzen und Grenzen austesten (ziviler Ungehorsam)
- „Kampf und Krampf vermeiden“
    - Buntheit und Spaß entgegensetzen
    - Lebensfreude zeigen
    - feste Termine im Jahreslauf dafür verankern

Weitere Informationen:
Grit Hanneforth: Bündnisse gegen Rechtsextremismus gründen: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung. In: Dietmar Molthagen u.a. (Hg.) (2008): Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus - Handeln für Demokratie“

Arbeitsgruppe 3:

Umgang mit rechter Gewalt
Moderation und Protokoll: Susanne Feustel, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsens; Maria Grjasnow, Kulturbüro Sachsen e.V.

Zuerst wurde festgestellt, dass Gewalt, die von Neonazis oder von Menschen mit rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen Vorurteilen ausgeht, nicht immer durch körperliche Übergriffe definiert wird. Als „Gewalterfahrungen“ gelten unbedingt auch Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. Auch wenn die Opfer in solchen Fällen nicht körperlich zu Schaden kommen, so wird in diesen Fällen doch ihre Würde verletzt. Solche Formen rechter Gewalt gehen häufig auch von Menschen aus, die nicht der Neonaziszene angehören.

Durch Erfahrungsberichte und Wissensaustausch wurden zwei Situationen differenziert, die unterschiedliche Formen praktischen Handelns bei rechter Gewalt erfordern.

1. Rechte Gewalt, von der man selbst betroffen ist bzw. in die man involviert wird.

Beispiel: In der Straßenbahn wird man Zeuge eines rassistischen Übergriffs.

Hier spielen vor allem folgende Frage eine Rolle: Was kann und muss man tun, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen? Gehandelt werden kann immer, denn es gibt verschiedene Wege, einzugreifen:

- andere Fahrgäste direkt ansprechen, um gemeinsam dem Betroffenen helfen zu können
- Polizei anrufen
- dem Straßenbahnfahrer Bescheid geben
- (Blick-)Kontakt mit dem Betroffenen herstellen, um Unterstützung zu signalisieren
- sich im Nachgang des Angriffs als Zeuge zur Verfügung stellen

In jedem Fall sollte man sich gut auf eine solche Situation vorbereiten: Was traue ich mir zu? Wie würde ich persönlich reagieren? Wäre ich sprachlos und handlungsunfähig? Wo liegen meine eigenen Grenzen? Was ist mit meiner Angst, wie kann ich mit ihr umgehen?

Fakt ist: Es gibt immer eine Möglichkeit zu handeln und damit dem Betroffenen zu helfen. Niemals darf man einfach wegschauen, in der Hoffnung, nicht teil des Geschehens zu sein. **Zivilcourage heißt Handeln.**

2. Rechte Gewalt, von der man bislang persönlich nicht betroffen war, die man aber im Umfeld beobachtet, etwa in der Gemeinde oder der Schule.

Beispiel: Jugendliche, die Nazi-Parolen grölen und Nazi-Symbole an Wände schmieren, halten sich dauerhaft auf einem Platz in der Gemeinde auf.

Eine solche Gefahrensituation betrifft vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, alternative Jugendliche und Erwachsene, Obdachlose und andere Menschen, die von Neonazis potenziell gefährdeter sind als andere. Mit der dauerhaften Anwesenheit von Neonazis wird ein Angstraum geschaffen, ein öffentlicher Raum, der von Betroffenen nicht mehr frei genutzt werden kann. Auch wenn man selbst von dieser Situation nicht direkt betroffen ist, kann rechte Gewalt prinzipiell fast jeden treffen. Daher gilt auch hier: **Zivilcourage heißt Handeln.**

Konkret können folgende Schritte gegangen werden:

- Verbündete suchen, z.B. Initiativen, Parteien, Kommunalpolitiker, BürgerInnen, Kirchgemeinden, Polizei, Behörden
- lokale Bündnisse und Netzwerke gründen und langfristig miteinander arbeiten
- Räume besetzen: Rechtsextreme können nur da Angsträume schaffen, wo wir nicht sind!
- externe Experten dazuholen: z.B. die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V.
- Bildungsangebote nutzen: zahlreiche Initiativen sind im Netzwerk Tolerantes Sachsen miteinander vernetzt und bieten eine Vielzahl an Bildungsangeboten zum Umgang mit Rechtsextremismus

- „Die Macht der kleinen Schritte“: Sich nicht entmutigen lassen, sondern kontinuierlich am Thema bleiben.

Weitere Informationen:

www.eingreifen.de	Verhaltenstips zur Zivilcourage
www.kulturbuero-sachsen.de	Mobile Beratungsteams (MBT) gegen Rechtsextremismus
www.raa-sachsen.de	Opferberatung für Betroffene rechtsextremer Gewalt
www.tolerantes-sachsen.de	Netzwerk sächsischer Initiativen und Vereine

Arbeitsgruppe 4:

Rolle der Landeskirche bei den Wahlen 2009
Moderation: Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V.
Protokoll: Joachim Rasch, Pfarrer, Sebnitz

1. Öffentliche Erklärung der Landeskirche zu den Wahlen

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, dass aus dem Plenum des Praxistages die Bitte an die Landessynode geäußert wird, im Rahmen des Aktionsjahres der Landeskirche eine öffentliche Erklärung zu den Wahlen 2009 abzugeben.

Überschrift: Nächstenliebe verlangt Klarheit

Inhalt dieser Erklärung sollte sein:

1. Bürgerinnen und Bürger, allen voran Christen, sollen wählen gehen.
Begründet werden soll diese Aufforderung mit der Erfahrung der friedlichen Revolution vor 20 Jahren. Damals sind wir auf die Straße gegangen mit dem Ruf nach mehr Demokratie, explizit auch nach freien Wahlen und wir haben uns gegenseitig zu Zivilcourage ermutigt, nicht länger zu schweigen oder nur zu meckern, sondern auf die Straße zu gehen und Demokratie tatsächlich einzufordern. Christen und Kirchen haben damals einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet. Auch heute sollen sie für die Errungenschaften der friedlichen Revolution einstehen.

2. Bürgerinnen und Bürger, allen voran Christen, sollen demokratische Parteien wählen.
Christen können unterschiedliche Wahlentscheidungen treffen, aber sie sollen bei ihrer Entscheidung grundlegende Werte des christlichen Glaubens und des christlichen Menschenbildes beachten. Parteien, die diese Werte nicht teilen oder gar abschaffen wollen, sind für Christen nicht wählbar. Namentlich genannt werden soll die NPD, die für Christen nicht wählbar ist.

Die Arbeitsgruppe bittet die AG Kirche und Rechtsextremismus, eine Vorlage für die Erklärung zu erstellen und der Synode mit Hinweis auf den Praxistag zuzuleiten. Aus Sicht der Arbeitsgruppe kann für den Text der Aufruf der Ev. Kirche in Mitteldeutschland zur Wahlbeteiligung verwendet werden.

2. Aufkleber

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, einen Aufkleber zu den Wahlen 2009 herzustellen, der von möglichst vielen kirchlichen Einrichtungen öffentlich verwendet wird.

Inhalt dieses Aufklebers sollte sein:

Nächstenliebe verlangt Klarheit Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus
Logo der Landeskirche

evtl. dazu auch: demokratisch wählen!

Podiumsdiskussion

Bin ich links, wenn ich gegen rechts bin?

Podiumsdiskussion mit
- *Landesbischof Jochen Bohl*
- *Anetta Kahane*, Antonio-Amadeu-Stiftung, Berlin
- *Superintendent Eckhard Klabunde*, Kirchenbezirk Großenhain
- *Pfarrerin Beatrix Spreng*, Projekt „Bands auf festen Füßen“, Joachimsthal, EKBO
- *Dr. Christian Staffa*, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin

Moderation: Karl-Heinz Maischer, Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen, Christian Kurzke, Evangelische Akademie Meißen

Welchen Nutzen hat es für die Kirche, wenn sie sich an Aktionen gegen Rechtsextremismus beteiligt?

Jochen Bohl:
Darauf, welchen Nutzen das für Kirche habe, komme es nicht an. Vielmehr müsse die Situation in Sachsen beleuchtet werden: „Wir haben ein ernsthaftes Problem mit neuen Nazis. Da müssen wir gegenhalten.“ Es nutze, wenn Menschen in der Kirche aufstünden, Nein sagten. Das seien auch Lernerfahrungen.

Anetta Kahane:
„Es hat eine schlechte Wirkung, wenn sich Kirche an solchen Aktionen nicht beteiligt.“ Kirche mit ihrem christlichen Menschenbild könnte man nicht ernst nehmen, wenn sie sich ihrer Verantwortung entziehen würde, sich an Aktionen gegen Rechtsextremismus zu beteiligen. In Deutschland habe es den Holocaust gegeben, das sei gar nicht so lange her. Es gehe um die Wahrnehmung essentieller Grundrechte. Sie appelliere, das ernst zu nehmen, damit die Kirche auch Glaubwürdigkeit zurückbekomme. In der Wendezeit sei die Tradition entstanden, Menschen, die sich für Bürgerrechte einsetzten, eine Zuflucht, eine Heimat in der Kirche zu geben.

Eckhard Klabunde:
Kirche habe den Grundauftrag, für Schwache und Verfolgte einzutreten, das Wort mutig zu ergreifen. „Wir versäumen was, wenn wir den Mund nicht aufmachen. Wir müssen uns zu Wort melden gegen die, die andere an den Rand drängen.“

Beatrix Spreng:
Die Kommune habe solche Aktionen bei ihnen initiiert, wollte aber mit der Kirche nicht. Für Kirche sei es selbstverständlich, sich zu engagieren. Es sei eine Art Ehrenamt. Ihr Projekt heißt „Bands auf festen Füßen“. „Wir brauchen Rückendeckung durch die Landeskirche, erst dann können wir in solche Bündnisse gehen.“

Christian Staffa:

Man solle nicht von „der Jugend“ reden. „Die Jugendlichen sind nicht unser Hauptproblem, es sind die Erwachsenen.“ Man brauche klare Positionen in den Bündnissen gegen Rechtsextremismus. Werde Streit in die Szene getragen, würden Links und Rechts gleichgesetzt, werde die Kirche unklar. Das habe Dresden am 14. Februar 2009 gezeigt. Welche Chancen, welche Grenzen gibt es für ein Engagement der Kirche gegen Rechtsextremismus?

Beatrix Spreng:

Die Grenze würde überschritten, wo die Menschenwürde angetastet werde. Logisch sei, dass man am entscheidenden Tag Gesicht zeige. Bei allen politischen Unterschieden hätten doch alle die gleiche Linie. Dass die Kirche dabei sei, halte sie für selbstverständlich.

Eckhard Klabunde:

In Großenhain gebe es ein Netzwerk für Toleranz. Die Kirche sei da ausgestiegen, da es einseitig von der Partei Die Linke dominiert worden sei. Kirche sei für parteipolitische Interessen missbraucht worden. Sie arbeiteten nun als Kirche allein, mit Jugendgruppen, Kirchvorstehern.

Anetta Kahane:

Dies sei ein trauriger Vorgang. Die Zusammenarbeit mit der Partei die Linke sei schwierig. Sie halte diese Partei im Übrigen nicht für links. Kirche sollte da aber nicht defensiv sein. Sie habe selber große Probleme mit der SED-PDS-Nachfolgepartei. „Aber die Demokraten dürfen sich nicht verdrängen lassen.“ Dann träte ein, was es in der DDR schon gegeben habe. „Das Gegenteil von Faschismus ist nicht Antifaschismus, sondern demokratische Vielfalt.“ Die Aufarbeitung undemokratischer Traditionen sei ebenfalls wichtig. Es sei schrecklich, wenn sich Kirche aus solchen Bündnissen zurückziehe. „Ich flehe Sie an: Überlassen sie das nicht der Linkspartei, sonst haben wir bald wieder diese geschlossenen Zirkel wie in der DDR.“

Jochen Bohl:

Am 13./14. Februar 2009 sei in Dresden eine Grenze überschritten worden. Die Kirche engagiere sich seit langem im Gedenken an die Zerstörung der Stadt vom 13. Februar 1945. Die Dresdner Gedenkkultur sei ihm lieb und teuer. Seit Jahren gebe es Neonazi-Aufmärsche und auch Aktionen dagegen. 2005 z.B. seien viele Tausend Menschen auf den Beinen gewesen. Eine weiße Rose wurde zum Symbol für dieses Gedenken. Die Neonazi-Aufmärsche seien eine große Herausforderung. Seit zwei Jahren gebe es am 13. Februar eine Kundgebung vor der Frauenkirche, das funktioniere gut. Den Aufruf der Initiatoren von „Geh-Denken“ hätten in Dresden auch viele Christen unterschrieben. „Ich nicht.“ Gründe dafür: Es sei eine Grenze überschritten worden, „uns ist nicht die ganze Wahrheit gesagt worden.“ Zur Abschlusskundgebung seien Gregor Gysi (Die Linke), Claudia Roth (B 90/Grüne), Franz Müntefering (SPD), Michael Sommer (DGB) eingeladen worden. „An einer parteipolitisch so deutlichen Veranstaltung im Wahljahr wollte ich mich nicht beteiligen.“ Was er ablehne, sei das „Design“ der Veranstaltung. „Es ging gegen Rechtsextremisten, aber nebenbei noch um etwas anderes.“ Er sei bereit zu Bündnissen, aber es müsse jeder eingeladen sein, der sich am Kampf gegen Rechtsextremismus beteiligen möchte.

Anetta Kahane:
(Mitorganisatorin der Geh-Denken-Abschlusskundgebung)
Das stimme nicht. Zuerst seien für die Abschlusskundgebung die konservativen Parteien CDU und FDP und auch die Landeskirche angefragt worden, die hätten aber gezögert. „Wir sind parteiunabhängig. Wir machen keinen Wahlkampf." Sie habe mit Kurt Biedenkopf (CDU) gesprochen. Der habe gesagt, es sei falsch, sich mit Demonstrationen mit Rechtsextremisten auseinanderzusetzen. Die Demo der Rechtsextremisten, dieser Verwirrten, sei schlimm genug. Man sollte aber darauf reagieren, indem man einfach nicht hingehe. Sie sollten totgeschwiegen werden, dann verschwänden sie von allein. „Das halte ich für absurd und bizarr." Somit seien jene, die Gegendemonstrationen organisierten, schuld, dass die Neonazis kommen.

Christian Staffa:
Ein Bündnis nur für eine Demonstration sei etwas anderes als ein Netzwerk. Bei einer Demo könne man die Grenzen weiter ziehen, bei einem Netzwerk enger. So habe z.B. die DKP Aktion Sühnzeichen einmal Geld für Demos angeboten. „Das haben wir abgelehnt. Diese Grenze mussten wir ziehen, um uns nicht instrumentalisieren zu lassen." Den Aufruf zu „Geh-Denken" habe ASF für einen guten Text gehalten, deshalb habe er unterschrieben. Auch wenn Gruppen, die er für gut halte, einen Text unterschrieben, unterschreibe er deswegen noch nicht, wenn er den Text nicht für gut halte.

Wortmeldungen aus dem Plenum:

Pfarrer Rasch aus Sebnitz, Leiter einer Arbeitsgruppe: Er bittet den Landesbischof, sich aktiv einzubringen. „Setzen Sie sich, Herr Landesbischof, auf die Straße, den Neonazis in den Weg. Ich setze mich neben sie." Seine Arbeitsgruppe (vom Praxistag) bittet die Synode der Landeskirche, eine Erklärung zu verabschieden, in der die evangelischen Christen in Sachsen aufgefordert werden, zur Wahl zu gehen. Es brauche Zivilcourage. Es brauche Menschen, die demokratische Parteien wählen. Das sei auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes zu fordern. Die NPD müsse als Partei genannt werden, die von Christen nicht wählbar sei.

Jochen Bohl:
Er sehe gute Chancen für einen solchen Vorschlag. Einen ähnlichen habe es vor fünf Jahren zur Landtagswahl gegeben. „Ich wüsste nicht, warum das nicht so ähnlich auch 2009 wieder möglich sein sollte."

Zu diesem Vorschlag erfolgte eine Abstimmung im Plenum per Handzeichen, welche mehrheitlich (nicht ausgezählt) ohne Gegenstimmen angenommen wird. Es wurde aus dem Plenum noch einmal die Verunsicherung ausgesprochen, die bei vielen engagierten Christen in Dresden dadurch ausgelöst wurde, dass der Landesbischof den Aufruf zum „Geh-Denken" nicht mit unterzeichnet hatte und der Wunsch geäußert, er und die Kirchenleitung sollten deutlicher „Flagge zeigen". Es besteht Einigkeit auf dem Podium, dass bereits jetzt begonnen werden sollte, die Veranstaltungen für das nächste Jahr vorzubereiten, damit es nicht wieder zu solchen Pannen kommt.

Grit Hanneforth, Kulturbüro Sachsen e.V., fragt den Landesbischof, welche Ideen und Impulse er setzen möchte, damit im nächsten Jahr nicht wieder eine ähnliche Blockade entsteht, die keiner der Veranstalter gewollt hat.

Jochen Bohl:
Bereits in den Tagen um den 13. Februar 2009 habe er beschlossen, im nächsten Jahr selbst die Initiative zu ergreifen. Über die Details wolle er aber erst dann öffentlich berichten, wenn einigermaßen absehbar ist, dass die Realisierung erfolgreich werden könnte, zumal der 13.2. im Jahr 2010 auf einen Samstag fällt und damit Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen möglicherweise am gleichen Tag stattfinden. Im Unterschied zu Köln, wo der Protest gegen den Moscheeneubau eine einmalige Sache war, wird Dresden das Problem der Aufmärsche am 13.2. jedes Jahr begleiten. Die Dresdner Bürgerschaft muss sich dieser Herausforderung stellen und auch die Kirche wird dazu ihren Beitrag leisten. „Wir brauchen einen langen Atem."

Dokumentation der Podiumsdiskussion:
Dr. Tomas Gärtner, freier Journalist;
Dr. Harald Lamprecht, Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der EVLKS

Presseschau

nicht klug“ eine Therapie zur Heilung des Körpers ohne wissenschaftliche Grundlage oder auch nur Plausibilität anzuwenden. Im Blick auf die geistliche Gesundheit sehen die Bischöfe große Gefahren darin, dass bei der Anwendung von Reiki zentrale Elemente der Weltanschauung übernommen werden müssen, die der Reiki-Theorie zugrunde liegen. Diese gehören aber weder zum christlichen Glauben noch zur Wissenschaft, sondern in das „Niemandsland“ des Aberglaubens.

http://www.usccb.org/dpp/Evaluation_Guidelines_finaltext_2009-03.pdf

Rechtsextremismus

Bin ich Links, wenn ich gegen Rechts bin?

Auf dem Praxistag „Zivilcourage für Demokratie im Heimatort“ in der Evangelischen Akademie Meißen wurde nach einem Impulsvortrag von OKR Christhard Wagner (EKM) bei einer Podiumsdiskussion nach den politischen Problemen bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus geforscht. Die Frage der Lagerzuschreibungen „rechts“ und „links“ ist oft kontraproduktiv. Zum einen sind die Abgrenzungen alles andere als klar. Nach einer Emnid Umfrage äußerten 25% der CDU-Wähler, sie seien „links“. Zum anderen weckt die Redeweise immer wieder reflexartig die Forderung nach Gleichbehandlung von Rechts- und Linksextremismus. Diese sind aber in ihrem Bedrohungspotenzial und ihrer Erscheinungsweise nicht gleich. Wenn die RAF wieder aufleben würde, müsste sich auch dort die Kirche deutlich entgegenstellen. Momentan ist aber die Bedrohung von Rechts gegeben. „Wenn die Pest unter uns ist, bekämpfe ich nicht die Cholera.“ meinte OKR Wagner.

In der Podiumsdiskussion wies Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung darauf hin, dass das Gegenteil von Faschismus nicht der Antifaschismus ist, sondern die Demokratie. Landesbischof Bohl erinnerte an die

Podiumsdiskussion in der Evangelischen Akademie Meißen

Gedenkkultur des 13. Februar in Dresden und kündigte an, einer ungewollten gegenseitigen Blockierung der politischen Kräfte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus entgegenwirken zu wollen. Materialien zu diesem Praxistag sind auf der Homepage der Ev. Akademie Meißen, Bereich Jugend, verfügbar.

HL

Strukturvertriebe

PPV-Mitarbeiter zu Haftstrafen verurteilt

Die Drahtzieher der in Sachsen-Anhalt angesiedelten Firma „Produkt-Promotion-Vertrieb“ sind in Leipzig zu Haftstrafen verurteilt worden. Sie hatten in besonders perfider Weise die Notsituation von Arbeitslosen ausgenutzt und ihnen attraktive Jobangebote in Aussicht gestellt, dann aber statt dessen in hochgradig psychomanipulativen Veranstaltungen 4000€ für ein Motivationsseminar abgeknöpft, welches zur Arbeitsausübung notwendig sei. Die Arbeit selbst bestand darin, weitere Personen für diese Seminare anzuwerben – ein klassisches Schneeballprinzip. Bundesweit sollen in den Jahren 2000 bis 2005 laut Anklage 5000 Mitarbeiter angeworben worden sein. Nun wurden Haftstrafen zwischen 9 und 18 Monaten verhängt.

HL / Mitteldeutsche Zeitung, 1. 4. 2008

Nr. 13 vom 29. März 2009
Judika

Der Sonntag

S

Kurz berichtet

Zweiter Kurrendetag

Dresden (epd) – Rund 2500 junge Sänger werden zum Kurrendetag der sächsischen Kirchgemeinden am 10. Oktober in Dresden erwartet. Unter dem Motto »Laufend singen« sind Kinderchöre zu einem »bunten Programm mit offenem Singen« auf das Messegelände eingeladen, teilte das Landeskirchenamt in Dresden mit. Erwartet wird unter anderen auch der Liedermacher Gerhard Schöne. In einem Abschlussgottesdienst soll das Musical »Singend laufen – die Heilung des Gelähmten« uraufgeführt werden. Komponiert hat es der sächsische Kirchenmusiker René Michael Röder.

Der diesjährige Landeskurrendetag in Dresden ist der zweite nach 2003. In den sächsischen Kirchengemeinden singen über 7700 junge Sänger im Alter von sechs bis 16 Jahren in den Kurrenden.

Geld für Pflegeschulen

Dresden (epd) – Die sächsischen Wohlfahrtsverbände fordern mehr Geld für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft. Diese Einrichtungen seien bei der Ausbildung sozialpflegerischer Berufe die »Grundversorger« im Freistaat, erklärte der Liga-Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege, Matthias Mitzscherlich in Dresden.

Angesichts gestiegener Preise fordern die Verbände unter anderem eine höhere Erstattung der Sachkosten. Auch müssten Schulen ohne weitere Wartezeit staatliche Förderung erhalten, hieß es. Den Angaben zufolge kamen 2008 von 1292 Absolventen der Altenpflege 1173 von privaten Schulen, bei Heilerziehungspflegern waren es 512 von 596 und bei den Erziehern 285 von 435 Ausgebildeten. Zur Liga der Wohlfahrtsverbände gehören die Caritas, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Kreuzweg der Arbeitslosigkeit

Dresden (epd) – Katholische Christen in Dresden wollen am 8. April erstmals einen »Kreuzweg der Arbeitslosigkeit« gehen. Mit der Initiative solle ein »Zeichen gegen Ausgrenzung und soziale Ungerechtigkeit« gesetzt werden, teilte das Bistum Dresden-Meißen am 17. März in der sächsischen Landeshauptstadt mit. Der katholische Bischof Joachim Reinelt habe seine Teilnahme am Kreuzweg in der Karwoche bereits zugesagt, hieß es.

Der Weg soll am Dresdner Sitz des Caritas-Verbandes beginnen und über zwei Stationen zur Kathedrale führen.

Zivilcourage: *Junge Christen tun etwas gegen den wachsenden Rechtsextremismus*

Claudia Sauer, Benjamin Seidel und Daniel Weise aus der Jungen Gemeinde Burgstädt beseitigen rechtsextreme Propaganda-Aufkleber in der Kleinstadt. Viele Einwohner begrüßen die Aktion. Foto: Wiegand Sturm

Spachteln gegen rechts

Es gibt immer mehr rechte Gewalt. Doch nur wenige Kirchgemeinden engagieren sich dagegen. Burgstädt und Colditz zeigen, wie es gehen kann.

Von Andreas Roth

Man kann nichts tun gegen Neonazis? Eine Spachtel, Seifenlauge und etwas Mut reichen schon. Damit befreiten 20 Burgstädter aus der Jungen Gemeinde und dem örtlichen Jugendclub am vergangenen Sonnabend Laternen, Straßenschilder und Regenrohre von rechtsextremen – und auch einigen linksextremen – Propaganda-Aufklebern. »Ich bin gegen jede Form von Radikalismus und Gewalt«, sagt der 20-Jährige Christ Martin Lauer. »Wir wollen uns dagegenstellen.«

Martin Lauer weiß, wie nötig das ist. Erst im Januar brannte der Proberaum einer befreundeten Band. Deren Mitglieder sind Christen und gelten als links, die Täter sind bislang unbekannt. Einen Tag vor Weihnachten schmierten Neonazis Hakenkreuze und Parolen wie »Odin statt Jesus« an die Burgstädter Stadtkirche. Immer wieder wurden in der Stadt Menschen von Neonazis zusammengeschlagen. In ganz Sachsen zählte die Polizei im letzten Jahr 2425 rechtsextreme Straftaten. Tendenz: stark steigend.

Die rechtsextreme »Aktionsfront Mittelsachsen« prangert die Aufkleber-Beseitigung der Burgstädter Jungen Gemeinde und des Jugendclubs im Internet als »Unterdrückung der Wahrheit« an. Einige engagierte Jugendliche wurden von ihnen gezielt fotografiert. Die Neonazi-Kameraden versuchen, Angst zu verbreiten. »Doch wir wollen uns nicht unterbuttern lassen«, sagt Martin Lauer.

Der Burgstädter Gemeindepädagoge Michael Seidel ist über die Haltung seiner Kirchgemeinde froh: »Wir haben für unser Engagement vollen Rückhalt.« So etwas ist selten in Sachsen. Oft herrschten in den Kirchgemeinden Unkenntnis, Unsicherheit und Angst, beobachtet Christian Kurzke. Der Studienleiter der Evangelischen Akademie Meißen veranstaltet deshalb am 1. April wieder einen Praxistag zum Umgang mit dem Rechtsextremismus.

Auch Angela Lau wird dann mitdiskutieren. Die Pfarrerin lebt in Colditz – in einer Kleinstadt, in der es vorkommt, dass 50 Neonazis maskiert und im Gleichschritt durch die Straßen marschieren. Als die Rechtsextremen vor einem Jahr zwei Colditzer Familien mit kurdischen und jüdischen Wurzeln angriffen, als Scheiben eingeschlagen wurden und Brandbomben flogen, da lud die Theologin zu einem Friedensgebet in der Kirche ein.

Bürger aus Vereinen, Wirtschaft, Kommunalpolitik und den Kirchen schlossen sich damals zu einem Bündnis mit dem Namen »vielfältig, demokratisch, weltoffen« zusammen. Darin sucht Pfarrerin Angela Lau gemeinsam mit anderen Bündnis-Mitgliedern und der Polizei das Gespräch mit Colditzern, die – bewusst oder unbewusst – die Neonazis unterstützen. Es gibt Anzeichen, dass das nicht erfolglos bleibt. Im örtlichen Jugendclub haben Vorstandsmitglieder, die im Outfit der rechtsextremen Szene auftraten, das Handtuch geworfen. Und das Vorhaben einiger Neonazis, in Colditz ein Fitnesscenter für die Kameraden zu errichten, liegt nun auf Eis. Schuld sei das »Generve« des Colditzer Demokratie-Bündnisses, heißt es in der Szene.

In ihrer Kirchgemeinde aber ist Pfarrerin Angela Lau mit ihrem Engagement nicht unumstritten. Viele verstehen sie nicht. »Doch ich sehe diese Arbeit auch als Chance für unsere Kirche«, erwidert sie. »Es gibt einige Colditzer und auch Auswärtige, die sagen: Seitdem ihre Gemeinde so deutlich Position bezieht, haben wir wieder Vertrauen zur Kirche.«

Praxistag »Zivilcorage für Demokratie im Heimatort« am 1. April von 10 bis 17 Uhr in der Evangelischen Akademie Meißen.

80. Geburtstag

Dankesworte für den Jubilar

Empfang zum 80. Geburtstag von Johannes Hempel

Der frühere sächsische Landesbischof Johannes Hempel feierte am 23. März seinen 80. Geburtstag. Die Kirchenleitung gab ihm zu Ehren einen Empfang in der Dresdner Drei-

der ost- und westdeutschen evangelischen Kirchen mit gestaltet hat, bekam an diesem Tag viele Dankesworte zu hören. Landesbischof Jochen Bohl erinnerte an die Zeit vor 20 Jahren, als

Landessynode beschließt Tagung mit Demokratie-Aufruf

Themensynode diskutierte diakonische Verantwortung der Kirchgemeinden

DRESDEN – Die Frühjahrstagung der Ev.-Luth. Landessynode Sachsens ist am 26. April bereits einen Tag früher als geplant mit einem Aufruf zur Wahlbeteiligung im Rahmen des Aktionsjahres „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zu Ende gegangen.

Die Mitglieder der Landessynode rufen in der Erklärung die Gemeindeglieder sowie „alle Bürgerinnen und Bürger“ auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und mit ihrer Stimme diejenigen Parteien und Kandidaten zu stärken, die für die Menschenrechte und die freiheitlich demokratische Grundordnung stehen. „Rechtsextreme Parteien wie die NPD sind für Christen nicht wählbar“, heißt es in dem Papier. Das Landeskirchenamt wird gebeten, den Aufruf in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Begründet wurde diese Aufforderung damit, dass die aus dem Herbst 1989 errungenen Freiheiten „nicht verkümmern“ sollten. Außerdem könne eine niedrige Wahlbeteiligung die Gesellschaft spalten und den Einzug extremer Parteien in die Parlamente begünstigen. Die Gesellschaft sei aber auf ein breites bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Besonders im Blick sind in diesem Jahr am 7. Juni die Europa- und Kommunalwahl, die Landtagswahl am 30. August und am 27. September die Bundestagswahl.

Rechtzeitig zur Verabschiedung des Textes wurde ein weißes Brillenputztuch mit der Aufschrift „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ fertig gestellt, das noch den Mitgliedern der Landessynode überreicht werden konnte.

Das Brillenputztuch ist ein Beitrag der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus für das Aktionsjahr. Es ist über die Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen - Landesstelle -, Barlachstraße 3, 01219 Dresden. Tel. 0351 / 471 72 95; Fax 0351 / 472 09 32. e-mail: landesstelle@eeb-sachsen.de. Darüber hinaus soll es bei verschiedentlichen Anlässen Verbreitung finden.

Ebenfalls am Sonntag, wo der letzte Beratungstag mit einem Gottesdienst in der Kreuzkirche begann, hatte Diakonie-Direktor OKR Christian Schönfeld die Gelegenheit, in einem Vortrag den über 50-seitigen Bericht des Diakonischen Werkes zu erläutern.

Schönfeld stellte dabei aufgrund der Beobachtungen von knapp 17.000 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern fest, dass sich die Gesellschaft immer tiefer in Gewinner und Verlierer spalte. So nehmen Armutslebenslagen mit all den damit verbundenen Auswirkungen wie Kinderarmut, mangelnde Teilhabe an Bildung, fehlende Zukunfts- und Lebensperspektiven, Überschuldung, Zerfalle der traditionellen Familie und damit einhergehender Verein samung zu. Der Diakonie-Direktor gab dazu Beispiele. Er beklagte auch, dass soziale Dienstleistungen eher als konsumtive Ausgaben als Investitionen in ein Miteinander der Gesellschaft angesehen werden. Rechtlich bestehende Ansprüche würden „nur zögerlich umgesetzt“, sagte er.

Die diesjährige Frühjahrstagung der Landessynode stand unter dem Thema „Die diakonische Verantwortung der Kirchgemeinden“ und am Sonnabend (25. April) fand dazu ein spezieller Thementag mit Vorträgen, Podien und Arbeitsgruppen statt, deren Inhalte und Ergebnisse in ein Handbuch für die Arbeit der regionalen diakonischen Arbeit einfließen sollen. Es soll zur Frühjahrssynode im nächsten Jahre erscheinen. Insbesondere wurde mehrfach die Bedeutung des diakonischen Handelns in den Kirchgemeinden betont sowie die Verbindung zwischen Diakonie und Kirche thematisiert. So bezeichnete Landesbischof Jochen Bohl die Diakonie als „Basisbewegung“, gerade auch vor dem Hintergrund ihrer Entstehung vor 160 Jahren. Ehrenamtliches Engagement sei in der Krankenhausseelsorge und –betreuung, Hospizarbeit, Telefonseelsorge und Besuchsdienstarbeit ein unverzichtbarer Beitrag. Die soziale Arbeit dürfe nicht nur der Beruf von Profis sein, so Bohl. „Wir brauchen Menschen mit einem diakonischen Blick“.

Neben den verabschiedeten Kirchengesetzen wurde seitens der Synode das Landeskirchenamt gebeten, die Circus- und Schaustellerseelsorge sicherzustellen und dabei insbesondere die Initiative der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM) zur Errichtung einer entsprechenden Projektstelle zu unterstützen. Mit der EKM, den anderen ostdeutschen Landeskirchen und der EKD soll über eine gemeinsame Finanzierung dieser Sonderseelsorgepfarrstelle verhandelt werden.

Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

Aktuelles
(26.04.2009)
www.landeskirche-sachsen.de

Parteipolitik contra Bündnisse

Diskussion um das Engagement der Kirche auf dem Praxistag für Zivilcourage in Meißen

Evangelische Christen sollten sich nach Ansicht von Landesbischof Jochen Bohl aktiv gegen Rechtsextremisten engagieren. »Wir haben in Sachsen ein ernsthaftes Problem mit neuen Nazis«, sagte er während einer Podiumsdiskussion beim Praxistag zu »Zivilcourage für Demokratie im Heimatort« in der Evangelischen Akademie Meißen. Bündnisse gegen Rechtsextremisten dürften jedoch nicht von Parteien missbraucht werden. Mit dem Auftritt der Parteivorsitzenden von SPD, Linkspartei und Bündnis 90/Grüne bei der »Geh-Denken«-Demonstration gegen den Aufmarsch von Rechtsextremisten am 14. Februar in Dresden sei eine Grenze überschritten worden. »An einer parteipolitisch so deutlichen Veranstaltung im Wahljahr wollte ich mich nicht beteiligen«, begründete Bohl seine Weigerung, an der Protestveranstaltung vor zwei Monaten teilzunehmen. Er sei bereit zu Bündnissen, es müsse aber jeder dazu eingeladen werden, der sich am Kampf gegen Neonazis beteiligen möchte.

Anetta Kahane von der Amadeu-Antonio-Stiftung wies den Vorwurf zurück. »Wir machen keinen Wahlkampf«, sagte die Mitorganisatorin jener Kundgebung. Auch sie habe Probleme mit der SED-PDS-Nachfolgepartei. Aber es sei »schrecklich«, wenn sich die Kirche mit ihrem christlichen Menschenbild aus solchen Bündnissen zurückziehe. »Überlassen Sie das nicht der Linkspartei, sonst haben wir bald wieder diese geschlossenen Zirkel, die wir in der DDR hatten«, appellierte sie.

Oberkirchenrat Christhard Wagner von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland hatte in seinem Eingangsreferat Christen eindringlich ermuntert, sich an solchen Bündnissen zu beteiligen: »Wenn wir gewaltlosen Widerstand einüben, können wir solche bunten Bündnisse mit gestalten und etwas einbringen, das unsere Besonderheit ist.« Superintendent Eckhard Klabunde berichtete, die Kirche sei in Großenhain aus dem »Netzwerk für Toleranz« ausgestiegen. Darin habe die Linkspartei dominiert. »Die Kirche ist für parteipolitische Interessen missbraucht worden«, sagte er.

Anliegen des Praxistages gegen Rechtsextremismus war es, Erfahrungen der Teilnehmer in die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus einzubringen und zu fragen, wie Kirche gesellschaftliche Verantwortung zeigen könne. *Tomas Gärtner*

Der Sonntag (12.04.2009) – Tomas Gärtner

Synodenbeschlüsse

Aufruf der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zur Wahlbeteiligung im Rahmen des Aktionsjahres „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.“

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aus den Kirchen ist im Herbst 1989 die Forderung nach Demokratie, nach Gerechtigkeit und freien und geheimen Wahlen auf die Straßen und Plätze getragen worden. Heute haben wir die Möglichkeit, Demokratie mit zu gestalten und wählen zu gehen. Diese Errungenschaft sollten wir nicht verkümmern lassen. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihr Stimmrecht zu nutzen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung kann die Gesellschaft spalten in aktive und passive Bürgerinnen und Bürger. Zudem begünstigt eine niedrige Wahlbeteiligung den Einzug extremer Parteien in die Parlamente. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf ein breites bürgerschaftliches Engagement. In der Wahlbeteiligung drückt sich der Zusammenhalt einer Bürgergesellschaft aus. Mit dem Gang ins Wahllokal zeigen wir unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wir bitten unsere Gemeindeglieder von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, und mit ihrer Stimme diejenigen Parteien und Kandidaten zu stärken, die für die Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung stehen.

Rechtsextreme Parteien wie die NPD sind für Christen nicht wählbar. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie widersprechen der biblischen Botschaft von Gott als dem Schöpfer aller Menschen. Rechtsextremistische Anschauungen stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu Christi, das allen Menschen gilt.

Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.

Dresden, am 26. April 2009

Aufruf der Ev.-Luth. Landessynode Sachsens auf Ihrer Frühjahrstagung 2009

Beschluss zum Aufruf der EKD zur Wahlbeteiligung bei allen Wahlterminen 2009

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Aus den Kirchen in der DDR ist im Herbst 1989 die Forderung nach freien und geheimen Wahlen auf die Straßen und Plätze getragen worden. Heute haben wir in ganz Deutschland die Möglichkeit, an demokratischen Wahlen teilzunehmen. Diese Errungenschaft sollten wir nicht verkümmern lassen. Die Synode der EKD ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihr Stimmrecht zu nutzen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung begünstigt den Einzug extremer Parteien in die Parlamente. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf ein breites bürgerschaftliches Engagement. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig für den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft. Mit dem Gang ins Wahllokal zeigen wir unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wir bitten unsere Gemeindeglieder wählen zu gehen und mit ihrer Stimme diejenigen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten zu stärken, die für die Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.

Rechtsextreme Parteien wie insbesondere die NPD sind für Christinnen und Christen nicht wählbar. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie widersprechen der biblischen Botschaft von Gott dem Schöpfer aller Menschen, sie stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu Christi und missachten die jüdischen Wurzeln unseres Glaubens.

Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.

Die Kirchengemeinden, Werke und Einrichtungen der evangelischen Kirche werden gebeten, vor allen Wahlterminen des Jahres 2009 zur Wahlbeteiligung aufzurufen.

Würzburg, den 02. Mai 2009

Die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Katrin Göring-Eckardt

Beschluss der 11. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 1. Tagung zum Aufruf der EKD zur Wahlbeteiligung bei allen Wahlterminen 2009

Kontakte

Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
Karl-Heinz Maischner
Barlachstraße 3, 01219 Dresden
Tel.: 0351 – 4 71 72 95
Fax: 0351 – 4 72 09 32
landesstelle@eeb-sachsen.de
www.eeb-sachsen.de

Kulturbüro Sachsen e.V.
Grit Hanneforth, Friedemann Bringt, Maria Grjasnow
Bautzner Straße 45, 01099 Dresden
Tel.: 0351 - 2 72 14 90
Fax: 0351- 56 34 08 98
buero@kulturbuero-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de

Evangelische Akademie Meißen
Christian Kurzke
Freiheit 16, 01662 Meißen
Tel.: 03521 - 47 06 18
Fax: 03521 - 47 06 99
christian.kurzke@ev-akademie-meissen.de
www.ev-akademie-meissen.de

Impressum

Herausgeberin: Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus, c/o Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
Redaktion: Maria Grjasnow, Kulturbüro Sachsen e.V.
Satz / Bilder: Miroslav Bohdalek, Kulturbüro Sachsen e.V.

Arbeitsgruppe Kirche und Rechtsextremismus
c/o Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen
Barlachstraße 3, 01219 Dresden
Tel.: +49 351 / 471 72 95
Fax: +49 351 / 472 09 32
landesstelle@eeb-sachsen.de
www.eeb-sachsen.de

Dresden, Mai 2009